

Jetzt sollen Nägel mit Köpfen gemacht werden

Objekttyp: **AssociationNews**

Zeitschrift: **Action : Zivilschutz, Bevölkerungsschutz, Kulturgüterschutz = Protection civile, protection de la population, protection des biens culturels = Protezione civile, protezione della popolazione, protezione dei beni culturali**

Band (Jahr): **49 (2002)**

Heft 3

PDF erstellt am: **24.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Paul Thüring: «Die schweren Alpenetappen stehen uns erst noch bevor!»



Sie brachten die 48. Delegiertenversammlung des SZSV flott über die Runden: Vizepräsidenten Ueli Bucher und Christian Rey sowie Zentralsekretär Hans Jürg Münger.

THUN: MEHRHEITLICH POSITIVE DELEGIERTENVERSAMMLUNG DES SZSV

Jetzt sollen Nägel mit Köpfen gemacht werden

Trotz der Verschiebung des Inkrafttretens des neuen Bevölkerungsschutzes auf frühestens Anfang 2004 herrschte an der 48. ordentlichen Delegiertenversammlung des Schweizerischen Zivilschutzverbandes (SZSV) in Thun am 4. Mai weitgehend Aufbruchstimmung. Dazu mag auch die wieder einmal positive Rechnung beigetragen haben. Hauptsache aber ist, dass nach der Phase der «Änderungen von Änderungen» Ruhe einkehren muss. Dass die Welt und Europa, wo wir leben, nicht so ruhig und friedlich ist, wie es scheinen mag, legte Prof. Albert A. Stahel in einem dichten Referat dar.

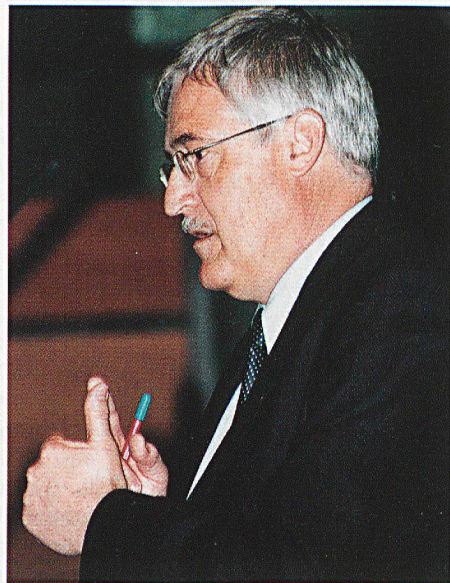
MARK A. HERZIG

Die beiden Vizepräsidenten, die interimistisch den SZSV führen, eröffneten die Delegiertenversammlung im Thuner Kongresszentrum Seepark. Christian Rey in Französisch und Ueli Bucher in Deutsch, schlugen dabei durchaus auch kritische Töne an. Ersterer drückte die nach wie vor nicht ausgeräumten Bedenken der Romands aus, dass sich der Bund zu stark aus dem Zivilschutz zurückziehe. Das könne dazu führen, dass in der Schweiz 26 verschiedene Zivilschutzorganisationen in 26 verschiedenen Geschwindigkeiten sich entwickelten.



Die Berner Polizei- und Militärdirektorin Dora Andres stellte die kantonalen Massnahmen und Vorgehensschritte dar und forderte eine Ruhephase nach all den Änderungen.

Ueli Bucher betonte, dass es jetzt, nachdem die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates eine erste und klare Marke gesetzt habe, an der Zeit sei, dass die gesetzlich abgesicherte Vollzugsphase des neuen Zivilschutzes angepackt werde. Er wand der Projektleitung ein Kränzchen dafür, dass sie die Absichten immer klar dargelegt habe und dass doch einige der Verbesserungsvorschläge des SZSV in die weiteren Arbeiten



Prof. Dr. Albert A. Stahel, Oberstleutnant, Dozent an der Universität Zürich und an der militärischen Führungsschule Au: «Auseinandersetzungen um Öl und Transportwege, vor allem aber um Wasser, werden das Bild der Krisenlage in Zukunft immer mehr bestimmen. Insbesondere auch im Nahen Osten, wo ein gewaltiges Bevölkerungswachstum zu verzeichnen ist».

eingeflossen sind. Die Zeit für Grundsatzdiskussionen sei vorbei. «Wer zu spät aufs Perron kommt, darf sich nicht über die Pünktlichkeit der SBB beklagen.» Bucher wollte aber nicht in Begeisterung machen, da es noch reichlich Detailprobleme zu lösen gäbe. Ein erstes Fragezeichen setzte er bezüglich der Ausbildung (siehe Bericht über die GV des Solothurnischen Zivilschutzverbandes in dieser Ausgabe).

Controlling durch den Bund

Auch hinsichtlich der rechtsgleichen Behandlung der dienstpflichtigen Bürger machte er sich Gedanken, insbesondere im Vergleich der minimal zu leistenden Dienstage



FOTOS: M.A. HERZIG

Der Konferenzsaal des Thuner Seeparks war ein angenehmer Tagungsort und gut besetzt.



Polizei- und Militärdirektorin Dora Andres, Vizepräsidenten Christian Rey und Ueli Bucher sowie Zentralsekretär Hans Jürg Münger.



Letzte Delegiertenversammlung für den Bundesamtsdirektor Paul Thüring (rechts) – nachher wollte er als «Gewöhnlicher» teilnehmen.

im Militär und im Zivilschutz. «Es wäre vielleicht klüger, dieser Frage vertieft nachzugehen, bevor die Angelegenheit die Gerichte beschäftigt», mahnte Bucher.

Die neue Aufgabenverteilung im Zivilschutz böte Chancen und trage der Forderung nach vermehrter Flexibilisierung Rechnung. Ueli Bucher wurde deutlich: «Wir erachten allerdings ein sehr engagiertes Controlling des Bundes als unabdingbar. Er muss in allen Kantonen durchsetzen, dass der Wille des Gesetzes gelebt wird. Wenn sich jeder Kanton primär auf die Nachbarschaftshilfe verlässt, selber aber möglichst keine eigenen Aktivitäten entwickelt, fällt das System in sich zusammen. Es darf nicht sein, dass eine öffent-

liche Körperschaft durch die Nichterfüllung einer gesetzlichen Pflicht einen finanziellen Vorteil erreichen kann.»

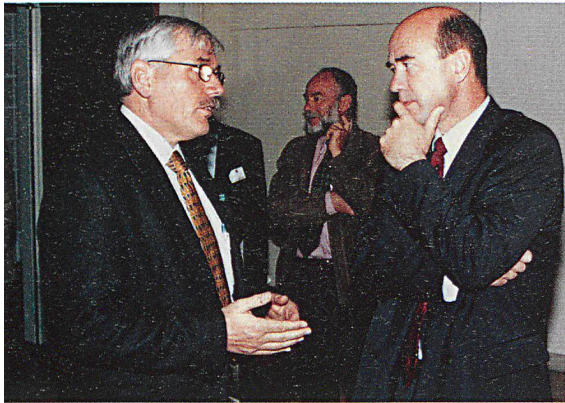
Bucher wandte sich eindringlich gegen eine gewisse Trittbrettfahrer-Mentalität; diese dürfe beim Vollzug des neuen Gesetzes nicht einreissen. Deshalb weise der Entscheid der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerats in die richtige Richtung, wonach ein Kanton, der dem Bevölkerungsschutz nicht genügend Beachtung schenke, bei subsidiären Armeeeinsätzen zur Kasse gebeten würde.

Einige noch bestehende Forderungen liessen sich problemlos im Vollzug regeln. In der Hoffnung, dass der neue Inkraftsetzungs-

termin eingehalten und die Zivilschutzorganisationen von grauer Theorie zur Erfüllung ihrer anspruchsvollen Aufgaben zum Wohl der Bevölkerung übergehen könnten, eröffnete Bucher die eigentliche Delegiertenversammlung.

Konstanten erkennen und für Kontinuität sorgen

Die bernische Regierungsrätin Dora Andres rief dazu auf, sobald wie möglich eine Phase der Konsolidierung einzuschalten. Eine spätere Problemanalyse werde zeigen, wohin der Weg führe. Inzwischen aber gelte es, die Konstanten zu erkennen und mindestens in Teilbereichen für eine minimale Kontinuität



Ueli Bucher (Vizepräsident SZSV) im Gespräch mit VBS-Generalsekretär Juan F. Gut.

Susanna Ernst (Mitte) und Gerhard Baumgartner verabschieden Regierungsrätin Dora Andres, die mit ihrem Referat den anwesenden Zivilschützern aus dem Herzen gesprochen hat, was man am herzlichen, langanhaltenden Applaus unschwer ablesen konnte.



zu sorgen: «Zu viele Änderungen in zu kurzer Zeit sind für eine Einsatzorganisation eine erhebliche Belastung – insbesondere, wenn es sich um eine Milizorganisation handelt.» Das dürfe nicht zur Anwendung des alten Rezeptes für Krisenzeiten führen: Abwarten, Tee trinken, auf bessere Zeiten warten.

Gerade den Verbänden komme eine tragende Rolle zu, solches abzuwenden, sagte die Vorsteherin der Polizei- und Militärdirektion des Kantons Bern. Sie verwies darauf, dass dem SZSV mit *action* ein Publikationsorgan zur Verfügung stehe, das sich zur Meinungsbildung an der Basis eigne. Diese passiere nämlich nicht von selbst, sondern erfordere unablässiges Bemühen um eine sach- und publikumsgerechte Information und Kommunikation. Sie erinnerte an die Verminderung der Mitgliederzahlen, welche durch die Strukturveränderung eintreten werde und forderte, die Kräfte vermehrt auf die gemeinsamen Ziele hin zu bündeln.

Dora Andres skizzierte sodann die Umsetzung des Bevölkerungsschutzes im Kanton



Die Lage scheint ernst...

Bern, der mit seinem *Gesetz über ausserordentliche Lagen (ALG)* über eine moderne und anpassungsfähige Rahmengesetzgebung verfüge. Im Rahmen des Projektes Zivilschutz Kanton Bern (ZIBE) würden alle massgebenden Kräfte zum zukünftigen Bevölkerungsschutz interviewt. «Die grossen Brocken bei der Konkretisierung liegen dabei bei der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden und der Suche nach dem zukunftsorien-

tierten Modell zur Finanzierung der bestehenden Ausbildungsinfrastruktur sowie des eigentlichen Ausbildungsbetriebes», betonte Andres. Zu hoffen bleibe, dass die kantonalen Forderungen nach einem Pauschalbeitrag des Bundes für die Grundausbildung erhört würden – womit die Regierungsrätin Gedanken von Ueli Bucher und Christian Rey aufnahm.

Unterstützung bei politisch relevanten Fragen

«Kümmern Sie sich bitte nicht um den Kleinkram, da hat es genug Spezialisten!» forderte Paul Thüring, Direktor des Bundesamtes für Zivilschutz, auf – und weiter: «Wir brauchen Ihre Unterstützung und Fürsprache vor allem bei wichtigen, politisch relevanten Punkten wie etwa der Vision eines umfassenden Bevölkerungsschutzes, der Schutzdienstpflicht, der Verlängerung und Vertiefung der Ausbildung, der Schutzraumbaupflicht, der Aufgabenteilung Bund-Kanton, der neuen Finanzierung (Zuständigkeitsfinanzierung) usw.» Wir müssten nämlich die gros-



Angeregte Gespräche nach getaner «Arbeit».

FOTO: H.J. MÜNGER



Kulturhistorisches – mit viel Humor vorgetragen.

FOTO: H.J. MÜNGER



Staunen am Nachmittag über die Schätze im Schloss Thun.



Das Thuner Zivilschutzspiel unterhielt die Delegierten mit flotten Weisen.

sen Linien noch durch das Parlament bringen, fuhr er fort. Verglichen mit einer Radrundfahrt stünden demnach die schweren Alpenetappen und das Zeitfahren bei der Realisierung des Bevölkerungsschutzes noch bevor, dämpfte er die Stimmung etwas. Allerdings hätten die Standesherren in ihrer Sicherheitskommission eine starke Leistung bei der zügigen Behandlung von Leitbild und Gesetz erbracht, nachdem sie den Zivilschutz vor der Frühjahrssession hatten «sitzen lassen». So könne das Gesetz erst auf den 1. Januar 2004 in Kraft treten. «Das ist ärgerlich, doch denken wir positiv, nutzen die erhaltene Zeit und bereiten die Umsetzung auf allen Ebenen um so gründlicher vor.»

Paul Thüning bedankte sich für die stets gute Zusammenarbeit mit dem Verband, von dessen Aktivitäten alle nur profitiert hätten. Er freue sich schon auf die nächste Delegiertenversammlung, an welcher er dann nicht mehr als Bundesamtsdirektor, sondern «als Gewöhnlicher» teilnehmen wolle.

Flotter statutarischer Teil

Die Delegierten spendeten spontan Beifall für einen Rechnungsabschluss, der wieder ein-

mal einen kleinen Überschuss ausweisen konnte. Den Hauptposten darin bildet jeweils die Öffentlichkeitsarbeit, vor allem die Verbandszeitschrift *action*. Dank einschneidender Sparmassnahmen auch gerade hier, habe der positive Abschluss erreicht werden können.

Dabei stosse man allenthalben an Grenzen, insbesondere auch der Belastung im Zentralsekretariat, betonte der Bericht des Geschäfts- und Rechnungsprüfungsorgans (GRP). Für dessen demissionierende Mitglieder Christian Schmid, Ursina Heimann und Gil Verillotte aus den Sektionen Luzern, Solothurn und Freiburg wurden neu gewählt: Susanna Ernst-Reusser (Thun), Peter Robellaz (Uetendorf) und Michel Tardin (Hauterive).

Cherchez la femme?

Diese kriminalistische Trivialfrage galt für einmal nicht. Sie musste vielmehr heissen «Wo gibt es Erdöl oder Wasser? Und wo soll oder muss dieses durchfliessen?» Das sind die Fragen, die noch zu wenig klar gestellt werden, vielerorts noch zu wenig bewusst sind. Sie werden jedoch weitgehend die Zukunft bestimmen. Sie gelten, wie angetönt, zum grossen Teil heute schon (Nahe und Mittele-

rer Osten, Kurdengebiete usw.), werden aber überdeckt durch die Fragen, wo denn Drogen- und Geldströme flössen? Das ist, im Sinne einer «terrible simplification», eine kurze Zusammenfassung des Referates von Albert A. Stahel, Professor an der Universität Zürich und an der militärischen Führungsschule Au.

Die «Kriegshandlungen» vorab in den nordwestlichen Grenzgebieten Afghanistans würden immer noch unter dem Titel Terrorismusbekämpfung geführt. Diese gälten aber eher grossen organisierten Banden der Drogenproduktion und -vermarktung. Stahel erinnerte auch an den ersten britisch-chinesischen Opiumkrieg von 1840 bis 1842, welche Einflussphäre China dannzumal gehabt hatte und welche Aus- und Nachwirkungen heute noch zu beachten sind.

Näher ging der Referent auf den Zustand Russlands und die Region ein, die man als «geographischen Bauch der ehemaligen Sowjetunion» bezeichnen könnte, die durch verschiedene Einflussfaktoren (von Stalin verschobene und vermischte Ethnien, Wege für Ölpipelines usw.) instabil ist. Die organisierte Kriminalität muss, auch wenn oft nach Ethnien gegliedert, als stark gelten. «Die Globalisierung ist zuerst durch die Kriminellen entdeckt worden. Auch konnte dort Rückgriff auf das Reservoir des ehemaligen KGB genommen werden.»

Für die Schweiz sieht Professor Stahel Probleme vorab bei der Migration, dann aber insbesondere bei der organisierten Kriminalität, die ihre Verbindungen von verschiedenen Seiten schon aufgebaut hat. Dabei gebe es durchaus auch Konkurrenzsituationen z.B. zwischen Clans aus Ex-Jugoslawien und der russischen Mafia. Auch wenn kein direkter grösserer militärischer Konflikt in «Reichweite» der Schweiz drohe, seien genügend Gefahren vorhanden und müssten langfristig beobachtet werden. Gefahren sieht er insbesondere auch im alten Atomwaffenarsenal der ehemaligen Sowjetunion und in denjenigen von Indien und Pakistan, womit der Ausgangspunkt wieder erreicht war. □